

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Paritätischer will den Begriff der »Inklusion« schärfster gefasst sehen

Der Paritätische Gesamtverband begrüßt das Bestreben der Bundesregierung, die Koalitionsvereinbarung von 2009 in Bezug auf die weitere Verbesserung der Situation für Menschen mit Behinderung umzusetzen. In seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung hebt der Verband hervor, der Entwurf biete dem Leser einen umfassenden Überblick über die vielfältigen laufenden und geplanten Maßnahmen und gebe somit Auskunft über die gegenwärtigen und künftig vorgesehenen Aktivitäten, Projekte und Vorstellungen für eine zeitliche Umsetzung. Dabei werde deutlich, dass eine zeitliche Planung der Maßnahmen über die jetzige Regierungszeit kaum hinausgehe, obwohl der Plan für zehn Jahre angelegt ist. Der Referentenentwurf sei umfangreich und böte viele Anknüpfungspunkte, sich zu den jeweiligen Themen zu positionieren. Der Paritätische sieht besonders die Notwendigkeit, den Begriff der »Inklusion« zu schärfen, um in der praktischen Umsetzung eine sichere Orientierung bieten zu können. Die Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes steht auf dessen Website kostenlos zur Verfügung.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Internetseite des Kompetenzzentrums Persönliches Budget neu gestaltet

Das Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat eine neu gestaltete Internetseite. In dem Internet-Angebot findet sich auf der Eingangsseite ein neuer Video-Clip, der an einem praktischen Beispiel die Vorteile des Persönlichen Budget zeigt. Weiter vermittelt die Website Einblicke in die Prozesse zur Umsetzung dieser Leistungsform in den Modellkommunen Kiel und Erfurt. Aktuelle Informationen, gesetzliche und verwaltungsinterne Rechtsgrundlagen sowie das bundesweite

Verzeichnis der Beratungsstellen stehen weiterhin zur Verfügung.

Internet <http://www.budget.paritaet.org>

Pflegestatistik vorgelegt

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen ist seit 1999 um 16 Prozent gestiegen. Im Dezember 2009 waren damit in Deutschland 2,34 Millionen Personen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Nach der Pflegestatistik, die das Statistische Bundesamt alle zwei Jahre aktualisiert, waren das 322.000 Menschen. Im Vergleich zur letzten Bestandsaufnahme im Dezember 2007 stieg die Zahl der Pflegebedürftigen um rund 4,1 Prozent. Mehr als zwei Drittel (69% oder 1,62 Millionen) aller Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Von diesen erhielten 1,07 Millionen Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, was bedeutet, dass sie in der Regel allein durch Angehörige gepflegt wurden. Weitere 555.000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten, bei ihnen erfolgte die Pflege zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. In Pflegeheimen vollstationär betreut wurden insgesamt 717.000 Pflegebedürftige (31%). Im Vergleich mit 2007 zeigt sich mit 10,1 Prozent insbesondere ein hohes Wachstum bei der Pflege durch ambulante Pflegedienste; die Anzahl der in Heimen vollstationär Versorgten ist um 4,6 Prozent gestiegen. Die 31-seitige »Pflegestatistik 2009« ist auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes kostenlos erhältlich.

Internet http://www.destatis.de/publikationen/Stichwort_Pflegestatistik

Roboter als Helfer in der Pflege

In den nächsten Jahren werden Haushaltsroboter und automatisierte Lösungen für ältere Menschen zunehmend in die Haushalte einziehen und auch Pflegeaufgaben übernehmen. Damit rechnet der Verband der Elektrotechnik Elektronik und Informationstechnik (VDE). Vor allem im Bereich der Rehabilitationsrobotik, wie zum Beispiel intelligente Rollstühle, kleine Roboterarme oder neuartige Beinprothesen, erwartet der Verband große Fortschritte. Einen kommenden

Boom sieht der Verband in der Entwicklung von menschenähnlichen Robotern (»Humanoide«) als Haushaltshelfer für komplexe Aufgaben für ältere Menschen. Wie die Ergebnisse der VDE-Studie »Mein Freund der Roboter« zeigen, können sich Senioren eine Unterstützung durch Serviceroboter gut vorstellen. Bevorzugt werden jedoch einfache Haushaltsroboter wie Staubsauger- und Wischroboter. Gegenüber Systemen, die direkt mit den Menschen kommunizieren oder sie sogar berühren, sind die Vorbehalte stark ausgeprägt. Wenn die Hilfe eines Roboters allerdings einen Umzug ins Altenheim verhindern könnte, würde die überwiegende Mehrheit der Befragten einen Serviceroboter zu Hause der Alternative Altenheim vorziehen.

VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V., Stresemannallee 15, 60596 Frankfurt, Telefon 069 6308-0, E-Mail service@vde.com, Internet <http://www.vde.com>

Beschäftigungsverhältnisse auf dem Prüfstand

Die soziale und berufliche Lage der Praktiker in der freien Jugend- und Behindertenhilfe ist in Teilen bedrückend. Teilzeitbeschäftigungen, Auslastungsschwankungen, unstete Beschäftigungsverhältnisse und untertarifliche Bezahlungen führen dazu, dass die Beschäftigten in diesen Arbeitsfeldern weit hinter dem üblichen Vergütungsniveau für Hochschulabsolventen zurückbleiben. Doch trotz eines erheblichen Anteils prekärer, ungeschützter und tariflich ungebundener Beschäftigungsverhältnisse in freier Trägerschaft funktionieren die Systeme sozialer Dienstleistungen, und das weitgehend störungsfrei. Das ist das Ergebnis einer Befragung zur sozialen und beruflichen Lage von Fachkräften sozialer Dienste in Berlin und Brandenburg. Das Projekt »Macht und Ohnmacht in der Sozialen Arbeit: Strukturen Sozialer Dienstleistungen in Berlin und Brandenburg und ihre Bedeutung für die Beschäftigungssituation der Fachkräfte« hat nun ihren Abschlussbericht vorgelegt. Geleitet wurde die Studie von Dr. Herwig Grote vom Verein Soziale Dienste Berlin-Brandenburg und finanziert von der Max-

Hartz-IV-Reform im Blick

Alles, was Sie nach der Reform 2011 für die Beratungspraxis benötigen.



Die umstrittenen **Hartz-IV-Regelungen sind in Kraft getreten**. Eine Fülle an neuen Problemlagen ist entstanden. Der **Beratungsbedarf** der Sozialverwaltung in den Rechtsbehelfsstellen ist enorm und es ist zu erwarten, dass auch die Zahl der sozialrechtlichen Mandate weiter ansteigen wird.

Nomos bietet Ihnen ein **umfangreiches Fachprogramm** für die Sozialrechtsberatung über das wir Sie auf dieser Seite informieren möchten.

Mein Tipp: Holen Sie bei der Lösung neuer Rechtsfragen auch die Meinung anderer Experten ein und diskutieren Sie die aktuellen Entwicklungen in unserem **FachForum**.

RA Dr. Alfred Hoffmann
Verlagsleiter

Sofort lieferbar!



Das Hartz-IV-Mandat
Anspruchslagen | Strategien | Gebühren
Von RA Ludwig Zimmermann, FASoR u. FAArB
2. Auflage 2011, 316 S., Broschiert, 44,- €
ISBN 978-3-8329-5875-6
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen



Das neue Grundsicherungsrecht
Von RISG Dr. Andy Roth, RISG Dr. Steffen Lütk, RISG Heiko Siebel-Hülfens
2011, 224 S., Broschiert, 28,- €
ISBN 978-3-8329-5874-9
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen

Das Hartz IV-Paket



Hartz-IV Paket
Das Hartz-IV-Mandat + Das neue Grundsicherungsrecht
2011, Rund 440 S., Broschiert, 59,- €
ISBN 978-3-8329-6694-5
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen



Existenzsicherung
SGB II / SGB XII / Verfahren
2011, 813 S., Broschiert, 99,- €
ISBN 978-3-8329-6281-4
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen



Paket: Existenzsicherung + Das neue Grundsicherungsrecht
2011, 1037 S., 34,- €
ISBN 978-3-8329-6616-4
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen



Die Hartz-IV-Synopse
Mit allen Änderungen durch die Bundesratsbeschlüsse vom 25. Februar 2011
Von Prof. Dr. Andreas Kurt Pätz
2011, 221 S., Broschiert, 19,- €
ISBN 978-3-8329-6611-9
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen



Hartz IV
100 Fragen und Antworten für Betroffene und Ihre Berater
Von RA Ludwig Zimmermann
2011, 126 S., Broschiert, 16,90 €
ISBN 978-3-8329-5880-0
sofort lieferbar!

im Nomos-Shop bestellen



Aktuelle Informationen!

Konsolidierte Fassung des SGB XII



Diskutieren Sie mit Experten über die aktuelle Entwicklung im Existenzsicherungsrecht!

Links



► weitere Informationen

Traeger-Stiftung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. Der 51-seitige Abschlussbericht der Untersuchung steht im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.gew-berlin.de/20067.htm>

Fachverband für Informationstechnologie aktiv

Der im vorigen Jahr gegründete Fachverband für Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung hat seine Arbeit aufgenommen. Ziel des neuen Verbandes ist es, den Wertbeitrag der Informationstechnologie im sozialen Sektor zu steigern. Zu den zentralen Aufgaben zählen die Schaffung von Standards für den Datenaustausch, die Verbesserung von Anwenderfreundlichkeit und Nutzerakzeptanz, der Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren der Branche sowie die Förderung sozialinformatischer Forschung und Bildung. Der Verband will bei politischen Entscheidungen mitwirken und als kompetenter Ansprechpartner für Kostenträger, Leistungserbringer und behördliche Kontrollinstanzen dienen.

Fachverband *Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung – FINSOZ e. V.*, Albertinenstraße 20, 13086 Berlin, Telefon 030 96249-215, E-Mail info@finsoz.de

Jugendliche ohne Ausbildung – teuer für die Gesellschaft

Unzureichende berufliche Bildung führt zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten. Jahr für Jahr starten rund 150.000 junge Menschen ohne Ausbildungsschluss und damit mit schlechten Zukunftsperspektiven ins Berufsleben. Wenn es nicht gelingt, diese Zahl zu verringern, entstehen für die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Diese Folgekosten entstehen im Verlauf des Erwerbslebens der betroffenen Menschen durch entgangene Lohnsteuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie Ausgaben für Arbeitslosengeld und notwendige Sozialtransfers. Die 76-seitige Studie steht im Internet zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.

Internet http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_3365_7_33658_2.pdf

Die Nomos Verlagsgesellschaft ist mit einem Fachforum zur Existenzsicherung und zu Hartz IV online gegangen. Auf der Website können Wissenschaftler, Fachkräfte und betroffene Menschen über die aktuelle Rechtsentwicklung im Existenzsicherungsrecht diskutieren. Die Beiträge werden moderiert von Harald Tomé, Referent für Arbeitslosen- und Sozialhilferecht, und von Ludwig Zimmermann, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht, der auch die beiden Standardwerke »Das Hartz-IV-Mandat« und »Hartz IV – 100 Fragen und Antworten« bei Nomos veröffentlicht hat. Internet <http://www.existenzsicherung.de>



Partizipatives Sozialmanagement mit politischer Dimension

»Reorganisation und Subjektivierungen von Sozialer Arbeit« – der theoretisch anmutende Titel zeigt Kernfragen von Umorganisierungsprozessen in Organisationen Sozialer Arbeit auf und fragt kritisch nach den subjektiven Wirkungen, Auswirkungen und Effekten von Managementideen in der Praxis der Sozialen Arbeit. Der Autor Jan Wulf-Schnabel, Gastprofessor an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin und freier Organisationsberater, weist exemplarisch anhand eigener quantitativer und qualitativer Studien im Landesverband Schleswig-Holstein der Arbeiterwohlfahrt auf, wie Reorganisationsprozesse in der Folge der »Neuen Steuerung« verlaufen sind und welche Auswirkungen die von ihm als »wettbewerbliche Subjektivierung« beschriebenen Phänomene auf die Arbeit, die durch eine »gefangene Subjektivierung« gekennzeichnet und geprägt ist, durch die Einbringung der eigenen Person, haben. Gerade die Verinnerlichung des marktwirtschaftlichen Denkens in den Organisationen zeigt die Veränderungen und Reorganisationen auf, die im Widerspruch zu der gefangenen Subjektivierung stehen. Die Geschlechterfrage wird angesichts dieser Veränderung neu aufgeworfen und zeigt neben alt bekannten Phänomenen (weniger Lohn für Frauen) auch neue interessante Entwicklungen auf (Frauen kommen später im Lebensalter auf Leitungsfunktionen, die Tätigkeitsfelder der Männer werden prekärer). Der Schluss dieses Buches, das eine der seltenen systematischen guten empirischen Forschungen in einem Kernfeld des Sozialmanagements darstellt, zeigt neben Einsichten des Autors auch Aussichten in Richtung eines partizipativen Sozialmanagements mit einer politischen Dimension auf. – Armin Schneider

Prof. Dr. Armin Schneider lehrt an der Fachhochschule Koblenz und im internationalen Masterstudiengang MACESS in Maastricht Management und Leadership in Sozialen Organisationen.

Jan Wulf-Schnabel: Reorganisation und Subjektivierungen von Sozialer Arbeit. VS-Verlag (Wiesbaden). 34,95 Euro. Reihe: Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit. ISBN 978-3-531-17775-5.

Jugendliche bewerten ihre Lebenssituation realistisch

Dr. Mathias Albert, Hochschulprofessor an der Universität Bielefeld und Mitverfasser der 16. Shell-Jugendstudie, hat sich Anfang April 2011 vor dem Familienausschuss für massive Investitionen in die fröhkindliche und vorschulische Bildung ausgesprochen. Nur so könne verhindert werden, dass größere Teile der Jugend in Deutschland gesellschaftlich weiter abgehängt werden. In diesem Zusammenhang müsse die Kostenpflichtigkeit solcher Angebote hinterfragt werden. Es sei befremdlich, dass dieses Thema etwa im Vergleich zu Studiengebühren eine untergeordnete Rolle in der politischen Diskussion spielt. Der Familienausschuss ließ sich von dem Wissenschaftler über grundlegende Ergebnisse der 16. Shell-Jugendstudie »Jugend 2010« informieren und befragte ihn nach konkreten Empfehlungen für die Politik. Nach seinen Angaben sehen 59 Prozent der deutschen Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren zuversichtlich in die Zukunft. Albert warnte zugleich, dass sich dies in den sozial schwachen Bevölkerungsschichten ganz anders darstelle. Während fast drei Viertel aller Jugendlichen zufrieden mit ihrem Leben seien, treffe dies für Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen nur zu 40 Prozent zu.

Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon 030 227-0, Fax 030 22736878, E-Mail mail@bundestag.de, Interner <http://www.bundestag.de>

Handbuch zum Pflegekinderwesen in Deutschland vorgelegt

Das Deutsche Jugendinstitut hat in einem Handbuch die Ergebnisse seines Forschungsprojektes »Pflegekinderhilfe in Deutschland« zusammengefasst, für die Praxis ausgewertet und aufbereitet. Die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse werden in Verknüpfung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt. Ziel der Veröffentlichung ist es, für alle

Beteiligten die Handlungs- und Rechtssicherheit zu erhöhen und Möglichkeiten der Weiterentwicklung dieses Arbeitsfeldes aufzuzeigen. Das 495 Seiten starke Handbuch kann kostenlos von der Website des Deutschen Jungendinstituts heruntergeladen werden.

Internet http://www.dji.de/pkh/DJI_Handbuch_Pflegekinderhilfe.pdf

Mit dem »Prinzip Belohnung« gegen die Sucht

Ein neues Therapiekonzept zur Behandlung von Alkohol- oder Drogenabhängigkeit war erstmals Thema eines Kongresses in Bielefeld im März dieses Jahres. Über 300 Experten diskutierten in Bethel über das »Prinzip Belohnung: der Community Reinforcement Approach«. Dem Konzept liegt die Idee zugrunde, dass Verstärker aus dem sozialen Umfeld erheblichen Einfluss darauf nehmen, ob ein süchtiger Mensch den Konsum von Alkohol oder Drogen fortsetzt oder einstellt. Dabei beziehen Therapeuten Ziele in die Behandlung mit ein, die es einem suchtkranken Menschen wert sind, sein Verhalten zu ändern. Das kann eine Lebenspartnerschaft sein, eine eigene Wohnung, der Erhalt des Arbeitsplatzes oder der Erwerb des Führerscheins. Für den Patienten soll ein abstinenter Lebensstil attraktiver werden als der Konsum von Rauschmitteln. Der Kongress wurde ausgerichtet vom Verein für gemeindeorientierte Suchttherapie e. V. in Kooperation mit der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bethel am Ev. Krankenhaus Bielefeld und der Aktion Psychisch Kranke e. V.

Verein für gemeindeorientierte Psychotherapie e. V., Künnekestraße 5a, 33647 Bielefeld, E-Mail cra-bielefeld@evkb.de, Internet <http://www.cra-bielefeld.de>

Diakonie stellt Forderungen für neues Entgeltsystem in der Psychiatrie

Die Entwicklung und Einführung eines tagesbezogenen, pauschalierten Entgeltsystems in der Psychiatrie ist sowohl fachlich als auch organisatorisch eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe, die eine längere Einführungsphase mit entsprechender wissenschaftlicher Begleitforschung, möglichen Fehlerkorrekturen und der für die Krankenhäuser notwendigen Planungssicherheit benötigt, stellt das Diakonische Werk der EKD in einer Stellungnahme fest. Aus Sicht des Diakonie Bundesverbandes sind folgende fachlich-inhaltliche Anforderungen an das neue Entgeltsystem zu stellen:

- Umsetzung einer personenzentrierten Behandlung möglichst in der Lebenswelt der Patientinnen und Patienten; bei Bedarf mit aufsuchender Krisenintervention
- kontinuierliche Behandlungsprozesse über Sektoren hinweg, um die notwendige Beziehungskontinuität in den therapeutischen Prozessen sicherzustellen
- Vorrang ambulanter und teilstationärer Leistungen und Interventionen und deshalb rasche Einbeziehung dieser Angebote in die Entgeltentwicklung
- Berücksichtigung alternativer Finanzierungsmodelle zu den Tagesentgelten wie beispielsweise Modelle zur Integrierten Versorgung und zu Regionalbudgets bei der weiteren Entgeltentwicklung
- Anreize für die Einbindung und Vernetzung klinischer Angebote mit den regionalen Gemeindepsychiatrischen Verbünden, die die Pflichtversorgung für alle Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Region sicherstellen
- Orientierung an einer Ergebnisqualität, die sich nicht nur an der Verbesserung der Symptomatik, bemisst, sondern auch die Zufriedenheit mit der Behandlung und die Lebensqualität der Patientinnen und Patienten umfasst.

Generell gilt, dass sich der bürokratische Aufwand für die Kliniken in Grenzen halten muss und dass die Finanzierungslogik nicht zu einer Fehl-Allokation von Ressourcen führen darf. Eine bedarfsgerechte Behandlung insbesondere von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und erheblichen psychosozialen Beeinträchtigungen stellt dabei aus Sicht der Diakonie ein wesentliches Kriterium dar. Die sechseitige Stellungnahme kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden.

Internet http://www.diakonie.de/DWEKD_StN_pauschaliertes_Entgeltsystem_110315.pdf

Caritas will »Tafeln« umgestalten

Die Caritas in Nordrhein-Westfalen will die Tafel-Einrichtungen und Suppenküchen umgestalten. Dabei soll der Ausbau der sozialen Selbsthilfe im Vordergrund stehen. Grundlage für die Initiative ist die Studie »Brauchen wir Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern?« über die derzeitige Arbeit der Tafeln. Ein Ergebnis der Untersuchung: Die Nutzer sind oftmals unzufrieden bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung. Mit dem Umbau der Einrichtungen zu Beratungs-

zentren habe die Caritas schon begonnen, so ein Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in Nordrhein-Westfalen. Die Caritas unterhält nach eigener Einschätzung rund 540 Tafel-Einrichtungen von mehr als eintausend landesweit. Die Studie ist im Lambertus Verlag erschienen (ISBN 978-3-7841-2029-4, 15,80 Euro).

Caritas in NRW, Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf, Telefon 0211 516066-20, E-Mail poststelle@caritas-nrw.de, Internet <http://www.caritas-nrw.de>

Video über Betreutes Wohnen in Familien

Seit einem Dreivierteljahr lebt der 22-jährige Pascal Coße unter einem Dach mit Birgit und Heiner Althoff in einer münsterländischen Kleinstadt. Die Gastfamilie hilft Pascal über seine Depressionen hinweg. Geborgenheit, »elterlicher« Rückhalt plus fachliche Begleitung von außen eröffnen dem Fachabiturienten Alltagsnormalität bis hin zur neu gewonnenen beruflichen Perspektive. Pascals Leben davor: Heimaufenthalte, Stiefvater, mit 13 Jahren den Tod der Mutter erlebt, schwere Gemütserkrankung, Verwahrlosung. Am Ende der stationären psychiatrischen Behandlung trifft er schließlich die Sozialpädagogin Anne Haschke vom münsterischen Wohnverbund des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL). Sie bringt ihn mit den Gosteltern Althoff zusammen und sie betreut die neue »Familie« auch seither. Das Betreute Wohnen in Familien ist für Menschen mit geistigem oder psychischem Handicap eine attraktive Alternative zum Leben in einer Heimeinrichtung oder zum oftmals noch nicht möglichen Betreuten Wohnen in den eigenen vier Wänden. Die LWL-Behindertenhilfe organisiert und finanziert dieses Zusammenleben unter dem Inklusionsgedanken. Jedes Jahr gelingt es, 50 neue

Familien zur Aufnahme eines gehandicapten Menschen zu bewegen. Ein Video mit Pascal und seiner Gastfamilie ist auf der LWL-Website zu sehen.

Internet http://www.lwl.org/LWL/Der_LWL/PR/tv_audioservice/Filme_Psychiatrie/gastfamilien

Knastalltag im Video

Über den Alltag in deutschen Gefängnissen gibt es viele Klischees, aber die wenigsten wissen, was dort tatsächlich vor sich geht. Hier springt das Webangebot der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen mit seinem »Podknast« ein. Es

bietet kurze Videos, die den Alltag besonders in Jugendstrafvollzugseinrichtungen darstellen. Das Projekt verfolgt vorrangig zwei Ziele: Erstens sollen die Gefangenen sich mit ihrer persönlichen Situation beschäftigen. Zweitens können sich gefährdete Jugendliche darüber informieren können, was sie hinter Gittern erwarten. In der Jugend- und Bewährungshilfe sowie an Schulen können diese Videos als Lehrmaterial eingesetzt werden.

Internet <http://www.podknast.de>

Schwerpunkt Teilhabeforschung gegründet

Die Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen richtet einen »Forschungsschwerpunkt Teilhabeforschung«. Das Zentrum vereint bereits bestehende Forschungsaktivitäten in den Themenfeldern Alter und Behinderung, die bisher an verschiedenen Standorten der Hochschule stattgefunden haben. Es gehe um die Frage, wie die Gesellschaft und ganz konkret die Lebensumfelder und die Unterstützung in den Gemeinden und Nachbarschaften beschaffen sein müssen, damit Menschen mit Behinderung und Menschen im Alter an der Gesellschaft teilhaben und sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, erläutert Prorektorin Prof. Dr. Liane Schirra-Weirich die Zielsetzung des Forschungsschwerpunktes, der aus den beiden Themenfeldern »Generationsteilhabe« und »Teilhabe von Menschen mit Behinderung« besteht. Mit dem neuen Forschungsschwerpunkt will die Fachhochschule die interdisziplinäre Teilhabeforschung vertiefen und qualitativ verbessern sowie durch drittmittelgeförderte Projekte eine solide Basis schaffen, die es erlaubt, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter längerfristig anzustellen.

Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster, Piusallee 89, 48147 Münster, Internet <http://www.kath-nrw.de/muenster>

Diakonie untersucht Trends Sozialer Arbeit

Die Expertise »Perspektiven der Diakonie im gesellschaftlichen Wandel« wurde bei der Diakonischen Konferenz in Berlin Ende März präsentiert. Die Analyse beschreibt maßgebliche Trends der gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Herausforderungen für die Diakonie. Dazu beleuchteten die 16 Autoren und Autorinnen unter anderem die Folgen der Öko-

nomisierung des Sozialen, den Einfluss des europäischen Wirtschaftsrechts auf diakonische Tätigkeitsfelder, das kirchliche Arbeitsrecht und die Zukunft des »Dritten Weges«, einem besonderen Modell des kollektiven kirchlichen Arbeitsrechts. Mit Hilfe der Expertise möchte die Diakonie Antworten auf die Fragen finden, wie sie zukünftig ihrer Bindung an die biblischen Grundlagen, ihrer Identität, ihrem Auftrag und ihrer kirchenrechtlichen Verankerung gerecht wird. Die 125-seitige Studie ist als gedruckte Fassung für 14,90 Euro im Buchhandel erhältlich; der Text steht zudem im Internet kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.diakonie.de/PerspektivenDerDiakonieImGesellschaftlichen-Wandel.pdf>

Deutscher Verein will kommunale Sozialpolitik stärken

Der Deutsche Verein will sich künftig für die Stärkung der kommunalen Sozialpolitik in ihrer Steuerungskompetenz und Planungsautorität einsetzen. Um fachliche Ziele mit dem Ressourcenverbrauch zu verknüpfen, braucht es eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in den Kommunen. Auf Eckpunkte, die Vorschläge zur Weiterentwicklung der kommunalen Sozialplanung beinhalten, einigte sich der Deutsche Verein Ende März bei seiner Präsidiumssitzung. Angesichts der Grenzen bisheriger Planungsmodelle bedürfe es nach Auffassung des Deutschen Vereins nun einer engeren Abstimmung und Verzahnung mit anderen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik wie Bildung, Kultur, Wohnumfeld, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft. Durch die Verzahnung könnten auch kommunaler Querschnittsprobleme behandelt werden, die nicht durch einzelne Planungsbereiche oder Ressorts zu bearbeiten sind. Eine integrierte Sozial- und Finanzplanung ermöglicht es außerdem, die Fixierung auf die Kostenbelastung zu überwinden. Der Deutsche Verein ist ein bundeszentrales Forum der Kommunen und der Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und Vertreter der Wissenschaft für die Soziale Arbeit und für die Sozialpolitik.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Kennzahlen

»Alles entspricht der Zahl.«

Pythagoras von Samos, griechischer Philosoph
(um 570 v. Chr.–nach 510 v. Chr.)

18.800

Zahl der Gasthörerinnen und Gasthörer über 60 Jahre, die Lehrveranstaltungen an deutschen Hochschulen besuchten (Wintersemester 2010/2011)

63

Zahl der Frauen, denen eine Hebamme oder ein Entbindungsgelehrter im Durchschnitt während der Entbindung in einem deutschen Krankenhaus im Jahr beisteht

2.610.587.557

Zahl der in der freien Wohlfahrtspflege geleisteten Arbeitsstunden im Jahr 2010

14.400

Zahl der männlichen Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen in Deutschland im März 2010 (was circa 3,5% der Beschäftigten entspricht)

155.679

Zahl der in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte (Stichtag 1. Januar 2011)

12.164

Zahl der Sorgerechtsentzüge in Deutschland im Jahre 2009 wegen Gefährdung des Kindeswohls (BGB 1666)

665.126

Zahl der im Jahre 2009 in Deutschland geborenen Kinder